

An den Grossen Rat

I. Auftrag und Vorgehen

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 8. September 2004 die Petition „Für die Erhaltung einer qualitativ hochstehenden Slavistik in Basel“ an die Bildungs- und Kulturkommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Die Bildungs- und Kulturkommission war sich - angesichts der gesetzlichen Rahmenbedingungen (Autonomie der Universität Basel) - unschlüssig hinsichtlich ihrer inhaltlichen Zuständigkeit für die Petition. Sie hat diese mit Blick auf die demokratischen Gepflogenheiten gleichwohl in zwei Sitzungen beraten und Hearings mit einer Zweier-Delegation der Petentschaft und dem Dekan der Fakultät Phil. I der Universität Basel abgehalten.

II. Wortlaut der Petition

*Am 18. März 2004 wurden in Basel und Liestal 10'480 Unterschriften gegen die Schliessung des slavischen Seminars überreicht.
Leider ist auch mit der neuen Version des Vorschlages für die Leistungsvereinbarung der Fortbestand des Faches nicht gewährleistet.*

Die Unterzeichnenden bitten den Grossen Rat, sich dafür einzusetzen, dass die vorgeschlagene Leistungsvereinbarung dahingehend revidiert wird, dass eine qualitativ hochstehende Slavistik an der Universität Basel weiterbestehen kann.

Das bedeutet insbesondere:

1. *kein Verbot von Sprachkursen*
2. *keine Streichung von Studiengängen*
3. *keine unbegründete, übertriebene Reduktion der Mittel*

III. Abklärungen und Beschluss

a) Ausführungen der Petentschaft

Die Petentschaft verweist darauf, dass die Slavistik sich mit der absolut grössten Sprachgruppe in Europa befasst, und hofft, dass der Grosse Rat sich dafür einsetzt, dass die Slavistik mit genügend Mitteln ausgestattet wird, um lebensfähig zu bleiben. Hinsichtlich der Frage einer besseren Koordination und Kooperation der Universitäten zwecks Einsparung ohne Leistungsabbau wird angemerkt, dass wegen der unterschiedlichen Bologna-Reformen der Universitäten das an einem Ort fehlende Leistungsangebot nicht am anderen ersetzt werden kann. Die Schwerpunkte der Slavistik-Angebote in Zürich und Basel unterscheiden sich, so

dass nicht ein Standort den anderen ersetzen kann. Zudem führt das Pendeln zwischen den Universitäten automatisch dazu, dass noch mehr Veranstaltungen als bisher verpasst werden; man verlangt zwar kürzere Studienzeiten, aber unter Inkaufnahme längerer Anfahrtswege.

Die Petenschaft moniert, dass die vorgesehenen Einsparungen von Fr. 300'000.- der Slavistik rund ein Drittel ihrer Mittel nehmen, aber im Rahmen des Budgets, der geplanten Mehrausgaben und Kürzungen, wo es um zweistellige Millionenbeträge geht, kaum ins Gewicht fallen. Der Abbau führt, da die Kosten für eine ordentliche Professur konstant bleiben, zu massiven Kürzungen bei den wissenschaftlichen Sprachkursen, die von den externen Intensivkursen nicht ersetzt werden; weiter leidet ausgerechnet der Mittelbau, der von den Universitätsreformen doch gestärkt werden sollte, durch die Streichung einer Assistenzstelle, ebenso die Bibliothek und die Administration.

Die drastischen Kürzungen haben einen Effekt, der letztlich dem Sparziel zuwiderläuft. Der Qualitätsabbau wird das Fach unvermeidlich weniger attraktiv machen, so dass die Studentenzahlen sinken. Dadurch werden einerseits die Einnahmen von ausserkantonalen Studierenden abnehmen, anderseits werden die Beiträge von Basel-Stadt an die anderen Universitätskantone zunehmen. Die effektiven Einsparungen werden also wesentlich geringer ausfallen als die postulierten Fr. 300'000.-.

Die Petenschaft legt dar, dass die Kürzungen nicht das Ergebnis einer objektiven Bedarfs- und Qualitätsanalyse der Slavistik (die im Übrigen zunehmende Studentenzahlen aufweist) sind, sondern das Ergebnis des Drucks, der in den Verhandlungen um die Entwicklungspläne der Fakultäten herrschte. Die Fakultät Phil. I, die bereits zuvor Sparaufgaben erfüllt hatte, bekam den Auftrag, insgesamt 1,65 Millionen Franken zu sparen; andernfalls müsste die Slavistik ganz geschlossen werden. Die Einsparungen hatten massgeblich bei zuvor festgelegten Fächern stattzufinden, von denen die Slavistik eines ist. Bei dieser Ausgangslage war die Verhandlungsposition der Slavistik schwach, entsprechend sind die Sparbeschlüsse innerhalb der Fakultät ausgefallen.

b) Ausführungen der Fakultät Phil. I

Die Fakultät hat den nun vorliegenden Kürzungsplan entworfen und beschlossen, doch hat der Universitätsrat festgelegt, bei welchen Fächern die massgeblichen Kürzungen vorgenommen werden müssen. Dieses Vorgehen war wahrscheinlich sinnvoll, denn ohne Vorgaben von oben hätte man sich gegenseitig lahmgelassen. Die Auswahl der Fächer, bei denen eingespart werden muss, hat der Fakultät allerdings grosse Mühe bereitet, da sie gemessen an den Kriterien willkürlich erscheint. Gerade die Slavistik ist ein sehr profiliertes und lebendiges Institut.

Obwohl es keine egalitären Kürzungen gab, wurde auf eine möglichst gute Verteilung der Kosten geachtet, um die schlimmsten Schäden an den besonders betroffenen Fächern zu vermeiden. Die Möglichkeit und Pflicht, Fächer zu kombinieren, ist Inhalt des Phil. I-Studiums. Wenn ein Fach aufgehoben ist, dann wird es sehr schwierig, es später wieder neu zu gründen; man kann nicht bei Finanznot einfach „überwintern“. Wenn man davon ausgeht, dass ein Fach mittel- und langfristig zum Kanon gehört, dann gibt es einen sehr grossen inneren Widerstand, es aufzuheben.

Die Fakultät bemängelt den Portfoliobericht hinsichtlich seines Verbots von universitären Sprachgrundkursen in lebendigen Sprachen; diese sollen in ein Sprachzentrum ausgelagert werden. Sie schlägt ein differenziertes Modell vor: Ein Teil der Sprachausbildung (z.B. Französisch für Deutsche) soll tatsächlich in ein Sprachzentrum verlagert werden, ein Teil soll aber an der Universität bleiben, soweit es sich um philologische Ausbildung (z.B. Sprachvergleiche) handelt. Die Idee der pauschalen Ausgliederung hat sich als Schnellschuss erwiesen.

Für die Studierenden soll der Besuch der zentralen Sprachkurse kostenneutral ausfallen. Zeitliche Probleme bestehen durch Überschneidungen z.B. mit dem Militärdienst (RS). Wie gross die Einsparungen sind, kann die Fakultät nicht beziffern. Insgesamt wird wohl ein Drittel der Sprachkurse ausgelagert in Zentren, die rund vierzig Prozent günstiger kommen sollen. Reich wird die Universität dadurch nicht.

Der gegenwärtige Stand der Dinge ist anders als zum Zeitpunkt der Formulierung der Petition. Die Fakultät hat ein reduziertes Format für die Slavistik vorgeschlagen; diese soll im Verband der Osteuropa-Studien angeboten werden. Es handelt sich hierbei nicht um ein Notprogramm, sondern um etwas, das sich schon vor den Sparauflagen angebahnt hat. Es besteht die Absicht, ein Bachelor-Studium für die Osteuropa-Studien anzubieten; einen eigenen Slavistik-Abschluss würde es auf Stufe Master geben; dies in Zusammenarbeit mit anderen Universitäten.

Diese Zusammenfassung und Staffelung findet man auch bei anderen Fächern (Gesellschaftswissenschaften, Altertumswissenschaften); es ist eine internationale Entwicklung, dass man breit angelegte Bachelor- und spezialisierte Masterabschlüsse anbietet. Da sich wesentliche Fragen in bezug auf die genügende Vorbildung für einen qualitativ hochstehenden Master stellen, soll schon auf dem Weg zum Bachelor eine gewisse Schwerpunktbildung möglich sein.

Besonders die Philologie spürt die Kürzungen des Entwicklungsplans, während anderswo ausgebaut wird. Immerhin ist die Slavistik in Basel gerade noch lebensfähig. Die Fakultät hat sich auf das vorgelegte Budget eingerichtet, steht zu ihren Einsparungsvorschlägen, wenn auch nicht mit Begeisterung, und sie hält die Kürzungen unter den gegebenen Umständen für eine sinnvolle Lösung.

c) Diskussion

Die Diskussion der Kommission drehte sich um die Frage, ob die Petition zur Stellungnahme an die Regierung überwiesen werden solle oder nicht.

Für eine Überweisung wurde vorgebracht:

- Es bestehen in- und ausserhalb der Universität nicht beantwortete Fragen und grosse Bedenken wegen der beabsichtigten Kürzungen. Die Aufgabe der Kommission besteht darin, die Anliegen und Kritik dazu bei der Regierung zu deponieren.
- Es ist sehr störend, dass ausgerechnet die Slavistik, aus der wesentliche Impulse zur Reform der Universität kamen, mehr als andere sparen muss. Durch die nun vorgeschlagenen Kürzungen würde sie ausbluten. Die Entscheide des Universitätsrats entsprechen nicht den eigenen Massstäben. Mit Bologna hat man sich eigentlich vorgenommen, den akademischen Mittelbau zu stärken; aber die Einsparungen werden gerade hier zu einem einschneidenden Abbau führen. Eine Sparlösung wäre blos die völlige

Schliessung eines Fachs. Dies kommt aber nicht in Frage, denn die Phil. I-Fakultät beruht in ihrem Kern auf der Vielfalt.

- Die Phil. I-Fächer sind günstig, sie helfen durch die Verteilung der Bundesgelder, die Universität zu finanzieren. Eine reine Life-Science-Universität in Konkurrenz zur ETH kann sich der Kanton gar nicht leisten.
- Es geht bei der Slavistik nicht wirklich um Sparmassnahmen, sondern um interne Verteilungen. Wenn man das Verhältnis von Ausgaben und Kürzungen ansieht, hat man den Eindruck von Alibi-Kürzungen. Die Regierung soll zusammen mit dem Universitätsrat nochmals über die Bücher gehen.

Gegen die Überweisung wurde vorgebracht:

- Die Ausgangslage für die Petition hat sich massgeblich geändert und ist durch die Entwicklung überholt worden.
- Die nun vorgelegten Einsparungen wurden von der Fakultät selbst entwickelt; deutlich zu erkennen ist das Bestreben, vernünftige und verträgliche Lösungen zu finden. Eine Überweisung an die Regierung könnte deshalb nichts Neues ergeben.
- Es liegt in der Natur der Sache, dass jede Einsparung schmerzt. Im Kontext der Verhandlungen mit Baselland wäre es ein sehr schlechtes Signal, wenn nun, da mehr Geld aus dem Nachbarkanton an die Universität gezahlt werden soll, sofort eine Sparmassnahme aufgehoben würde.
- Die zeitlichen Probleme können bewältigt werden. So ist es heute recht einfach möglich, den Militärdienst zu verschieben, wenn dieser mit wichtigen Ausbildungsschritten kollidiert.
- Hingewiesen wurde auch auf die Gefahr, dass bei einer Überweisung dieser Petition andere folgen würden, die ebenfalls nicht direkt mit dem gesetzlichen Aufgabenbereich des Parlaments zu tun haben.

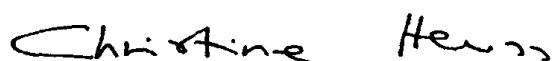
Die Kommission hat sich mit Stichentscheid der Präsidentin gegen die Überweisung der Petition 210 an den Regierungsrat ausgesprochen.

IV. Schlussbemerkung und Antrag

Die Kommission hat den vorliegenden Bericht an ihrer Sitzung vom 29. November 2004 einstimmig Stimmen genehmigt und die Kommissionspräsidentin zur Sprecherin bestimmt.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt dem Grossen Rat, die Petition 210 als erledigt zu erklären.

Basel, den 29. November 2004 Für die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Christine Heuss, Präsidentin